

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Dezember 2017, 27. Jahrg.

Prosit Neuwahl ???



Eigentlich wären Neuwahlen kein fröhlicher Anlass für ein Feuerwerk. Denn damit würden sich die in den Bundestag gewählten Volksvertreter eher ein Armutszeugnis ausstellen (siehe Kommentar auf Seite 2). Aber als pragmatische Träumer (oder träumende Pragmatiker) werden die LINKEN trotzdem zuversichtlich politische Vorschläge diskutieren und vorbringen. In diesem Sinne: Prosit auf ein friedliches neues Jahr mit demokratischer Beteiligung.

In dieser Ausgabe

Teilhabe für Menschen mit Behinderung in Bernau.

Über 30 Vertreterinnen von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen folgten der Einladung der Stadtfraktion Bernau und diskutierten Vorschläge. **2**

Eberswalde bleibt wirklich bunt.

Demokratie muss Auseinandersetzung aushalten, deshalb sollen städtische Einrichtungen weiter für Parteien zugänglich sein, meint die LINKE. **3**

Von Altstadtspatzen, Windmühlenflügeln und einem Fahrrad vor dem Rathaus.

Ein Spaziergang mit Bürgermeister Burkhard Horn (LINKE) durch Werneuchen. Eine Reportage. **4/5**

„Wege übers Land“.

Was die Basisgruppen der LINKEN in Panketal und Wandlitz für politische Bildung tun. **6**

Alles zurück auf Anfang?

Die Verwaltungsstrukturreform für Brandenburg wurde abgesagt. Aber die Probleme bleiben. Wie kann man sie lösen?..... **7**

kleine
zeitungen

OW ist Mitglied im gemeinsamen Internetportal der Tageszeitung »nd« und kleiner linker Zeitungen. Lesen Sie auf: www.kleinezeitungen.de

Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADEDIGZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Entwicklung der ländlichen Räume

Werneuchen, Schorfheide, Britz-Chorin-Oderberg, Joachimsthal und Biesenthal erhalten 10 Millionen Euro für Projekte

Von Lutz Kupitz,
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der LINKEN

Der Kreistag am 6. Dezember beriet über den Haushalt des Barnim für die Jahre 2018 und 2019. Bei Erscheinen dieser OW-Ausgabe hat der Kreistag bereits stattgefunden, deshalb hier vorab Informationen über Anträge, die von den LINKEN wesentlich mit initiiert und unterstützt werden.

Bereits auf der September-Sitzung des Kreistages wurden grundlegende Beschlüsse für die Aufstellung des Haushaltes gefasst. Dabei ging es um umfangreiche Investitionen vor allem im Schulbereich, um die Unterstützung der kommunalen „Gesellschaft für Leben und Gesundheit“ (GLG), die Krankenhäuser im Barnim und der Uckermark betreibt, um die Errichtung eines Kompetenzzentrums für Brand- und Katastrophenschutz und um den Beschluss einer Entwicklungsstrategie für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Barnim. Damit wurden wesentliche Eckpunkte für den Haushalt festgelegt, in denen sich auch die Schwerpunkte der Arbeit der Kreistagsfraktion der LINKEN widerspiegeln.

Neben diesen Themen haben die Abgeordneten der LINKEN Haushaltsanträge für die Entwicklung der ländlichen Regionen des Kreises erarbeitet. Der weitgehendste Antrag ist der Vorschlag, für Investitionen in ländliche Räume des Landkreises 10 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag, den die LINKE gemeinsam mit der SPD einbrachte, betrifft Gebiete der Stadt Werneuchen und der Gemeinde Schorfheide sowie die Amtsbereiche Biesenthal, Joachimsthal (Schorfheide) und Britz-Chorin-Oderberg. Mit der Bereitstellung der Gelder kann die Handlungsfähigkeit dieser Gemeinden und Ämter verbessert werden und sie ermöglicht ihnen die Realisierung umfangreicher Förderprojekte. Notwendig ist ein solcher Investitionszuschuss deshalb, weil nicht alle Teilgebiete des Landkreises Barnim gleichermaßen von den positiven Entwicklungen im Landkreis profitieren.

Vorgeschlagen haben die LINKEN auch, die Zugangsbedingungen zu den Investitionsmitteln so zu gestalten, dass die Kommunen selbstständig über Projekte entscheiden können.

Unmittelbar damit im Zusammenhang steht ein weiterer Antrag

der LINKEN. Die sogenannten Teilraumorganisationen des Kreises (Naturpark Barnim; Geopark und Barnimer Feldmark) leisten seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Region, insbesondere auch der sogenannten ländlichen Räume. Hier werden Projekte initiiert und es wird interkommunale Kooperation praktiziert. Um dies nicht zu gefährden und deren Arbeit auf eine stabilere finanzielle Grundlage zu stellen, werden in dem von LINKEN, SPD und CDU gemeinsam eingebrachten Antrag in den kommenden zwei Jahren zusätzliche Gelder bereitgestellt.

Auch der Antrag der LINKEN, die Förderung des über Jahre erfolgreichen „Grünen Wochenendes“ im Barnim finanziell aufzustocken, hat letztlich etwas mit der Entwicklung ländlicher Räume, mit den Beziehungen von berlinnahen und berlinferneren Regionen des Kreises zu tun. Das „Grüne Wochenende“ ist zu einem festen Bestandteil im jährlichen Veranstaltungskalender des Barnim geworden. Die Besucherzahlen belegen, dass die Belange und Potenziale der Landwirtschaft als einem wichtigen Strukturbestandteil des Barnim auf Interessierte trifft. (siehe auch Seite 3)

Nur Mut

Von Sebastian Walter

Es wird keine schwarze Ampel (Jamaika ist viel zu schön) aus Union, FDP und Grünen geben. Zum Glück kann man da nur sagen. Denn es wurde über alles gestritten, nur nicht über die wirklichen Probleme der Menschen in diesem Land. Der Soli sollte abgeschafft werden – aber über Altersarmut, die überall droht, wurde kein Wort verloren. Wortneufindungen wie „atmende Obergrenzen“ wurden festgesetzt, aber kein

Kommentar

Wort über prekäre Beschäftigung. Trotzdem sollte es am Ende nicht reichen. In einem hollywoodverdächtigen Auftritt schmiss die FDP hin.

Und nun? Viele reden von „staatspolitischer Verantwortung“, eine Regierung zu bilden. Eine weitere GroKo will eigentlich niemand, Neuwahlen auch nicht. Was ist denn mit einer Minderheitsregierung aus Rot-Rot-Grün? Die wäre eine Regierung, die eine Zeit nach Merkel gestalten kann und den Rechtsruck mit klarer politischer Haltung stoppen könnte. In anderen Ländern ist das Normalität, ohne dass die Wirtschaft zusammenbricht. Das wäre die Chance zu beweisen, dass eine andere Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Profite der Konzerne, möglich ist. Bürgerversicherung, sichere Renten, ein Mindestlohn von 12 Euro könnten Wirklichkeit werden. – 4 weitere Jahre „weiter so“ hat nichts mit staatspolitischer Verantwortung zu tun, sondern wäre reine Ignoranz.

Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Thematische Fraktionssitzung der Bernauer LINKEN

Von Margot Ziemann

Bernau hat sich zum Ziel gesetzt, barrierefreie Stadt zu werden. In dieser Hinsicht sei in den letzten Jahren baulich schon etliches erreicht, resümierte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Dagmar Enkelmann, zu Beginn einer öffentlichen Veranstaltung der Stadtfraktion im November. Aber es bleibe noch viel zu tun, um Menschen mit Beeinträchtigungen die Teilhabe am öffentlichen Leben umfassend zu gewährleisten.

Über 30 Vertreterinnen von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen waren der Einladung gefolgt. Nachdem Christine Schink, die Sozialplanerin der Kreisverwaltung, über den ambitionierten Teilhabeplan für Menschen mit Behinderung des Landkreises informiert hatte, wurde diskutiert, wo es in Bernau Veränderungsbedarf gibt. Über 8.000 Menschen der Stadt sind behindert oder schwerbehindert. Das ist ein Fünftel der Bevölkerung.

Obwohl die städtische Wohnungsgesellschaft durch ihre Neubauvorhaben immer mehr geförderte Wohnungen anbietet, reichen diese bei weitem nicht aus, wurde beklagt. Außerdem seien die Mieten auch in geförderten Neubauten für Behinderte, die meist eine niedrige Erwerbsminderungsrente oder sogar nur Grundsicherung bezögen, einfach zu hoch. Deshalb werde erwartet, bei Bebauungsplänen und Baumaßnahmen den Bauherren die Inanspruchnahme von Landesfördermitteln zur



Protest des Behindertenbeirates gegen Fahrradfreigabe der Bürgermeisterstraße in Bernau. Foto: maz

generationengerechten Anpassung von Mietwohnungen nahezulegen. Birgit Lembke-Steinkopf vom Verein „Eltern helfen Eltern e.V.“ unterstrich, dass auch junge Erwachsene mit Beeinträchtigungen ein Recht auf eine eigene bezahlbare Wohnung und damit auf ein selbstbestimmtes Leben haben.

Der Landkreis Barnim will bis 2022 eine vollständige Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr herstellen. Bis 2017 waren bereits 72 Prozent der eingesetzten Busse barrierefrei zugänglich. Der Rest wird bis 2022 ersetzt, so informierte Verkehrsleiter Alexander Greifenberg von der kreiseigenen Barnimer Busgesellschaft. Mit Freude und Genugtuung wurde aufge-

nommen, dass es mit finanzieller Unterstützung der Stadt Bernau ab 10. Dezember 2017 eine weitere durchgehende Stadtbuslinie 892 von Bernau über Schwanebeck, Birkholz und Birkenhöhe zurück nach Bernau geben wird und die Takte auf den Linien nach Wandlitz und Biesenthal stark verdichtet werden.

Vor allem kleine Selbsthilfegruppen wünschen sich die kostenlose Nutzung von städtischen Räumen für Treffen und Beratungen und den barrierefreien Ausbau des Kulturhofs.

Die Fraktion der LINKEN will die Anregungen aus dieser intensiven Diskussion in den politischen Diskurs einbringen und an der Erarbeitung eines Teilhabeplanes für die Stadt Bernau mitwirken.

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab:

Kreisvorstand: 11. Dezember, 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
11. Dezember und 8. Januar 2018, jeweils 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Nächster Kreistag: 14. März 2018, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 03338-7047455
Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Stadtfraktion Eberswalde: Tel.: 03334-236987, Termine wieder in der Februar-Ausgabe, Stadtverordnetenversammlung: 14. Dezember und 25. Januar 2018, jeweils 18 Uhr, Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, großer Saal, Am Alten Walzwerk 1

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: info@dielinke-barnim.de,

Stadtfraktion Bernau: Termine wieder in der Februar-Ausgabe; www.linksfraktion-bernaue.de
Stadtverordnetenversammlung: 25. Januar 2018, 16 Uhr, Stadthalle Bernau, E-Mail: fraktion-bernaue@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

Gemeindefraktion Panketal: 17. Januar, 19 Uhr, Rathausaal, Schönower Straße 105, Sitzung der Gemeindevertretung: 18. Dezember und 29. Januar, jeweils 19 Uhr, Rathausaal, Schönower Straße 105

Bürgerbüro Wandlitz: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de

Gemeindefraktion Ahrensfelde: 14. Dezember, 18.30 Uhr, Gemeindezentrum Ahrensfelde, Seniorenbegegnungsstätte, Sitzung der Gemeindevertretung: 18. Dezember, 19 Uhr, Rathaus, Raum 106

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 18 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 5. Januar, 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt:

DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de, **download:** www.dielinke-barnim.de,

Redaktion: Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Birgit Hoplitschek (bhop), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm), Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian Walter (ViSdP/sw), Margot Ziemann (maz), Christel Zillmann (cz)

Druck: Druckerei Bunter Hund
Auflage: 17.000

nächster Redaktionsschluss:
15. Januar 2018

nächster Erscheinungstermin:
31. Januar 2018

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

Eberswalde bleibt wirklich bunt

Demokratie muss Auseinandersetzung aushalten

Von Karin Wagner

In der November-Ausgabe berichtete OW über einen Beschlussantrag der Stadtverwaltung Eberswalde. Mittels Satzungsbeschluss sollten die Stadtverordneten regeln, dass keine kommunalen Gebäude für Veranstaltungen von Parteien mehr zur Verfügung stehen. Gegen dieses Vorgehen gab es bereits ersten Bürgerprotest. Der Antrag wurde vor Diskussionsbeginn im September von der Verwaltung zurückgezogen, um ihn im Oktober erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

In der Oktobersitzung des Hauptausschusses fand dann erstmalig eine öffentliche Diskussion statt, welche Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) eröffnete. In seinen Ausführungen legte er da, dass er sich seit Frühjahr 2016 durch die Fraktionen beauftragt sah, eine derartige Regelung zu schaffen. Er sah sich zunächst beauftragt, die Nutzung des Familiengartens durch bestimmte Parteien zu versagen. In mehreren Gesprächen und in nichtöffentlichen Beratungen hätte er darüber informiert, dass es kein Recht gibt, derar-

tige Verbote nur für einzelne Objekte bzw. einzelne Parteien zu erlassen. Aus Gründen der Gleichbehandlung kann es nur eine Regelung für alle geben. Gegen diesen Vorschlag hatte er keinen Widerspruch wahrgenommen und den Beschluss erarbeiten lassen.

Der Bürgermeister erklärte in seinen Ausführungen weiterhin, dass er nicht daran erinnern möchte, „wie die Städte geprügelt werden, wenn bestimmte Veranstaltungen in der Stadt durchgeführt werden“.

In der Diskussion haben die Fraktionen dargelegt, dass sie das Ansinnen des Bürgermeisters – ein generelles Verbot zu erlassen – nicht wahrgenommen haben. Gespräche mit diesem Inhalt wurden nicht geführt. Mehrheitlich sprachen sie sich dafür aus, diesen Satzungsbeschluss nicht zu fassen. Im Tenor verständigte man sich darauf, dass Demokratie auch die Auseinandersetzung mit rechtsradikalen oder neofaschistischen Aktivitäten aushalten muss. Proteste müssen durch und mit Öffentlichkeit entstehen. Lediglich der Bürgermeister und der Vertreter der Bürgerfraktion Eberswalde stimmten



Familiengarten in Eberswalde – seine Nutzung durch bestimmte Parteien war der Anlass für eine seit September währende Debatte über ein generelles Verbot der Nutzung städtischer Liegenschaften durch Parteien.

Foto: hjm

bei der Abstimmung mit Stimmenthaltung. Der Beschlussantrag wurde dann von der Tagesordnung der

Stadtverordnetenversammlung im Oktober durch die Verwaltung zurückgezogen. Hoffentlich für immer.

Mehr Flexibilität für kommunale Busgesellschaft/ Unterstützung für das Ehrenamt

Anträge der LINKEN auf dem Kreistag am 6. Dezember

Von Lutz Kupitz,
Fraktionsvorsitzender der
LINKEN im Kreistag

Auf dem Kreistag vom 6. Dezember stellte die Kreistagsfraktion der LINKEN eine Reihe von Anträgen, initiierte gemeinsam mit anderen Anträge oder unterstützte sie. Bei Erscheinen dieser OW-Ausgabe hat der Kreistag bereits stattgefunden, deshalb hier vorab Informationen über die Hintergründe der Beschlussvorschläge.

Die gegenwärtige Situation des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbesondere durch die Bauarbeiten am Karower Kreuz, war der Anlass, dass die LINKEN gemeinsam mit der SPD einen Antrag zur Bereitstellung von jährlich 50.000 Euro zur Unterstützung des ÖPNV stellten. So sollen der Barnimer Busgesellschaft (BBG) Möglichkeiten eröffnet werden, flexibler auf Engpässe reagieren zu können. Damit soll das kommunale Unternehmen BBG weiterhin gestärkt werden.

Fortsetzen wollen wir auch die beitragsfreie Versorgung mit Milch an den kreisgeleiteten Barnimer Förderschulen. Offensichtlich wird das Angebot dort gut angenommen, so dass wir den Antrag gestellt haben, es auch in den beiden nächsten Haushaltsjahren zu sichern.

Die von der SPD vorgelegten Anträge unter anderem zur Unterstützung von Willkommensinitiativen im Kreis, zur Förderung von Workshops, Seminaren, Exkursionen und Begegnungen mit den thematischen Schwerpunkten Demokratiebildung und Toleranz, fanden unsere Unterstützung.

Trotz der Aufkündigung der Kooperation von LINKEN, SPD und CDU im Kreistag durch die CDU, gab es einen weiteren gemeinsamen Antrag zur Erhöhung der Mittel für die Denkmalpflege. Damit sollen die Fördermöglichkeiten erhöht und die Richtlinie des Landkreises geändert werden, damit verstärkt Mittel genutzt werden können, die aus anderen Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen.

Ein Anliegen der LINKEN ist es, das Ehrenamt weiter zu unterstützen. Da mittlerweile in verschiedenen Kommunen und nicht zuletzt im Land Ehrenamtskarten eingeführt worden sind, ging unsere Überlegung dahin zu prüfen, inwieweit der Kreis hier Unterstützung leisten kann. Der ebenfalls gemeinsam mit der SPD eingebrachte Antrag beinhaltet den Auftrag an die Verwaltung, Unterstützung unter anderem in folgende Richtungen zu leisten: Neue Partner bzw. Angebote für die Ehrenamtskarte zu finden. Dazu können die Ämter, Städte und Gemeinden sowie die kreiseigenen Gesellschaften (zum Beispiel die WITO für den Tourismus- und Gaststättenbereich oder die GLG im Gesundheitsbereich), der Kreissportbund als Partner angesprochen werden. Die Kreisverwaltung kann auch überprüfen, welche Angebote für Ehrenamtler durch kreiseigene Gesellschaften als Partner der Ehrenamtskarte bereitgestellt werden können und die Auszeichnung verdienter Ehrenamtler durch den Landkreis unterstützen.

Barnimer LINKE treffen sich

OW-Beitrag/bc

Zu einer Gesamtmitgliederversammlung sind die Barnimer LINKEN **am 9. Dezember** von 10 bis 13 Uhr in die Mensa der Gesamtschule Panketal, Schönerlinder Straße 83-90, eingeladen. Neben einer Diskussion zur aktuellen politischen Situation steht die Neuwahl des Kreisvorstandes auf der Tagesordnung.

Stammtisch Panketal

OW-Beitrag/cz

Die LINKE Panketal lädt zu ihrem traditionellen monatlichen Stammtisch in Leo's Restauration (Weinkeller) in Zepernick, Schönower Straße 59 ein: Am **31. Januar 2018** kann ab 19 Uhr in lockerer Atmosphäre über aktuelle politische Themen diskutiert werden.

Bereits **am 8. Januar** um 19 Uhr findet eine Mitgliederversammlung der Panketaler LINKEN im Rathaussaal, Schönower Str. 105, statt. Eine Weihnachtsfeier findet am **16. Dezember** um 15 Uhr im Schwanebecker Ortsteilzentrum am Genfer Platz statt.



Wandern, radeln, pilgern – viele Wege führen von, nach und durch Werneuchen.

Fotos dieser Seite: bhop (3), is (1), A. Rothgänger (Rathaus), Grafik: pb.



Werneuchen setzt auf regenerative Energien aus Windkraft, Photovoltaik und Solarthermie.

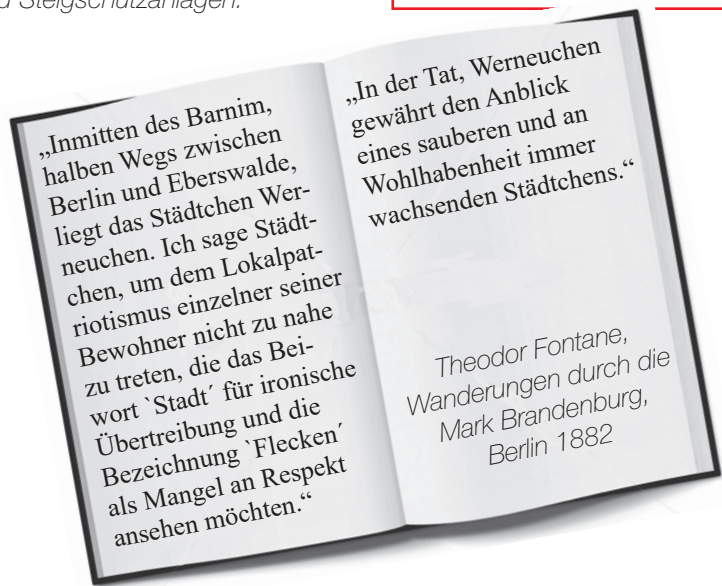
Als Industriekletterer ausgebildete Servicetechniker inspizieren und warten unter anderem Rotorblätter und Steigschutzanlagen.

Zu Werneuchen gehören:

Hirschfelde, Krummensee, Löhme, Schönfeld, Seefeld, Stadt Werneuchen, Tiefensee, Weesow, Willmersdorf

Sehens- und Erlebnenswertes:

- Jakobsweg: rund 17 km langer Pilgerweg von Werneuchen über Löhme, Helenenau und Börnicke nach Bernau
- Gedenktafel und Grab des Dichterpastors Schmidt von Werneuchen, den Goethe einen „Sand-Poeten“ nannte
- Gamengrund (eiszeitliche Rinne mit dem Gamensee bei Tiefensee) und Draisinenstrecke Tiefensee – Sternebeck
- Hirschskulptur in Hirschfelde
- Rundweg mit Naturlehrpfad um den Löhmer Haussee
- Backsteinkirchen u.a. in Krummensee, Seefeld, Löhme und Hirschfelde; einzige zweitürmige Dorfkirche des Oberbarnim in Willmersdorf



„Inmitten des Barnim, halben Wegs zwischen Berlin und Eberswalde, liegt das Städtchen Werneuchen. Ich sage Städtchen, um dem Lokalpatriotismus einzelner seiner Bewohner nicht zu nahe zu treten, die das Beiwort 'Stadt' für ironische Übertreibung und die Bezeichnung 'Flecken' als Mangel an Respekt ansehen möchten.“

„In der Tat, Werneuchen gewährt den Anblick eines sauberen und an Wohlhabenheit immer wachsenden Städtchens.“

Theodor Fontane,
Wanderungen durch die
Mark Brandenburg,
Berlin 1882

Von Altstadtspatzen, und einem Fahrrad

Spaziergang mit Bürgermeister Burkhard Horn



Seit rund 10 Jahren führt ein Naturlehrpfad rund um den Löhmer Haussee, an dem

Von Birgit Hopflitschek

Das Fahrrad des Bürgermeisters vor dem Werneuchener Rathaus zeigt an, dass Burkhard Horn im Dienst ist. Wer den Bürgermeister kennt, kennt wahrscheinlich auch sein Fahrrad mit dem Stadtwappen auf den Satteltaschen. Denn er kommt stets mit dem Rad zur Arbeit. „Ich genieße diese zweieinhalb Kilometer Fahrt, sie sind ein Stück Erholung für mich“, sagt der 59-Jährige, der seit 2004 hauptamtlich die Geschicke der Kommune leitet.

Für unsere kleine Erkundungstour durch den Ort lässt Burkhard Horn das Fahrrad stehen. In der Kürze der Zeit kann er ohnehin nur einiges aus Geschichte und Gegenwart zeigen: die Grabstelle des dichtenden Pfarrers Friedrich Wilhelm August Schmidt, die nagelneue Kita „Altstadtspatzen“, Einkaufsmärkte an der B158, die Baustelle für ein Wohn- und Geschäftshaus der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, den barrierefreien Neubau von Adlersaal und Gesundheitszentrum.

Wichtig: Verhandeln auf Augenhöhe

Werneuchen – das ist aber nicht nur das Städtchen selbst. Mit der Gemeindegebietsreform wurden 2003 die Ortsteile Hirschfelde, Krummensee, Schönfeld, Seefeld-Löhme, Tiefensee und Willmersdorf in die Stadt Werneuchen eingegliedert. „Ich war damals ehrenamtlicher Bürgermeister der PDS in der Stadt“, erzählt Burkhard Horn, „aber der dann viel größeren Kommune stand ein hauptamtlicher Bürgermeister zu. Sollte ich wirklich kandidieren?“ – Schließlich schob er alle Bedenken beiseite – und wurde gewählt. Ob er

aber einer der ersten oder sogar der erste hauptamtliche Bürgermeister der PDS im Landkreis Barnim war, weiß Burkhard Horn nicht, er hält es auch für nebensächlich. Wichtiger war und ist es für ihn, mit den eingemeindeten Kommunen auf Augenhöhe zu verhandeln und ihnen den gesetzlich möglichen Spielraum für eigene Entscheidungen auch einzuräumen. Burkhard Horn ist überzeugt davon, dass alle vertraglichen Vereinbarungen mit diesen Ortsteilen verwirklicht sein werden, wenn er 2019 aus dem Amt scheidet. Zu dieser Bilanz zählt Burkhard Horn den Radweg zwischen Weesow und Werneuchen, das Dorfgemeinschaftshaus in Schönfeld sowie Straßenbau und Beleuchtung in Hirschfelde.

Platz aus allen Nähten: Die Grundschule

Werneuchen ist in den vergangenen drei Jahren um 800 Einwohner auf rund 8.800 gewachsen, braucht daher dringend noch eine weitere Kita, die Grundschule „plattz aus allen Nähten“, die Ausstattung der Europaschule – einer kommunalen, sprach- und sportbetonten Ganztagschule – müsste verbessert werden. Für eine neue Schule würde Burkhard Horn notfalls sogar einem neuen Kredit zustimmen, obwohl Werneuchen dann das Ziel, bis 2020 komplett schuldenfrei zu sein, verfehlen würde. „In Bildung zu investieren halte ich für vorrangig, weshalb auch fast alle bisherigen Kreditmittel in die Schulen geflossen sind. So weit wie möglich nutzen wir Fördermittel für unsere Projekte, beispielsweise für die Renaturierung des Gutsparks Tiefensee und den Radweg Werneuchen – Hirschfelde“, so der Bürgermeister.

Natürlich treffen nicht alle von ihm initiierten, befürworteten oder durchgesetzten Projekte auf Beifall in der Bevölkerung – insbesondere dann nicht, wenn beispielsweise Anlieger hohe Kosten für

Windmühlenflügel vor dem Rathaus

(LINKE) durch Werneuchen. Eine Reportage.



...essen nördlichem Ufer im ehemaligen Gutspark ein uralter Gingko-Baum steht.

den Straßenausbau stemmen müssen. Und da ist es dann schon fast egal, wo sie politisch stehen. „Niemand kann es stets allen recht machen, auch ein Bürgermeister der LINKEN muss manchmal Entscheidungen treffen, die gerade Linkswählern nicht gefallen – nicht mal mir selbst“, räumt Burkhard Horn ein. Die Gründe seien vielfältig: Sachzwänge, Rechtsvorschriften und dass die eigene Meinung auch mal hinter dem Gemeinwohl zurückstehen muss.

Gehört in linken Fokus: Demokratische Teilhabe

Wobei Burkhard Horn seine Ansichten durchaus offensiv vertritt. So gehörte er von Anfang an zu den Kritikern der umstrittenen und nun abgesagten Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg. Zwar ist die Verwaltung auch aus seiner Sicht reformbedürftig, und die Ängste der Bürgerinnen und Bürgern vor längeren Wegen zu den Amtsstuben teilt er ebenfalls nicht. „Wer längere Wege und einen größeren Aufwand gehabt hätte, sind die ehrenamtlich tätigen Kreistagsabgeordneten, vor allem Menschen mit festen Arbeitszeiten oder eingeschränkter Mobilität, und die sind schon jetzt in den Parlamenten unterrepräsentiert“, gibt er zu bedenken und wünscht sich von der LINKEN mehr Einsatz für ihre ureigenen Aufgaben: „Was wollen wir: Bürokratische Prozesse effizienter machen und jederzeit ein treuer Koalitionspartner sein? Oder für mehr Demokratie kämpfen – wenn es sein muss, sogar gegen Windmühlenflügel?“

Prägen die Landschaft: Wind- und Solaranlagen

Nun gibt es in Werneuchen jede Menge Windmühlenflügel, wenn auch weniger sprichwörtlich als höchst real: 29 Windräder drehen sich auf dem fla-

chen Land, die meisten rund um Willmersdorf, und sie erzeugen zusammen mit den vorhandenen Solaranlagen zehnmal mehr Energie als verbraucht wird. Neun weitere Windräder sind geplant. Klingt gut, aber was ist mit der oft kritisierten „Verspargelung“ der Landschaft? Burkhard Horn ist Pragmatiker: „Niemand will ein Atomkraftwerk, einen Kohletagebau, eine Biogasanlage oder Windräder vor seiner Tür haben, aber Strom wollen wir alle, und der kommt nun mal nicht aus dem Nichts. Die größte Akzeptanz genießen Photovoltaik und Solarthermie. Zu diesem Zweck verpachten wir auch öffentliche Dachflächen. Und wir nehmen derzeit an einem über drei Jahre laufenden Fördermittelprojekt zur Einführung von Energiesparmodellen in den Kitas und Schulen der Stadt Werneuchen teil, um schon die Heranwachsenden für den Klimaschutz zu sensibilisieren.“

Wäre gut für Pendler: Eine dichtere Zugfolge

Stolz ist Burkhard Horn auf das anfangs umstrittene, inzwischen aber nicht mehr wegzudenkende Bürgerbüro gleich neben seinem Amtssitz, auf die von ihm eingeführte „Prioritätenliste“ (ein langfristiger Bürgerhaushalt) und darauf, dass Wohnungsbaugesellschaft und Stadtwerke – beide kommunal – gesunde Unternehmen mit stabilen Preisen sind. Was er gern noch durchsetzen würde: einen halbständigen Takt der Züge nach Berlin-Ostkreuz während der Stoßzeiten. „Werneuchen ist verkehrstechnisch zwar gut erschlossen, aber mehr Einwohner bedeuten auch mehr Pendler.“ – Na dann, viel Verhandlungsgeschick für dieses und weitere Vorhaben!



Bürgermeister von Werneuchen: Burkhard Horn.

Biografisches: • geboren 1958 in Werneuchen; • Lehre als Elektromechaniker, bis 2004 Anlagenfahrer im 3-Schicht-Rhythmus; • verheiratet, 2 Kinder, 2 Enkelkinder; • seit 1990 Stadtverordneter; • 2002 bis 2003 ehrenamtlicher Bürgermeister (PDS); • seit 2004 hauptamtlicher Bürgermeister (PDS/LINKE).



**Festlich beleuchtetes Rathaus in Werneuchen:
Offene Worte und die LINKE Barnim wünschen allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches Weihnachtsfest und ein friedliches neues Jahr 2018.**

Weihnachtsmarkt am 9. Dezember in Werneuchen

Der diesjährige Werneuchener Weihnachtsmarkt findet traditionell am Sonnabend vor dem 2. Advent statt. Eröffnet wird der Markt um 14 Uhr auf dem Marktplatz. Gleichzeitig öffnen die Heimatstube in der Schulstraße und die Tourist-Info im Stadthaus ihre Türen. Dort kann unter anderem der Kalender der Stadt für 2018 erworben werden. Bis 18 Uhr bieten auf dem Weihnachtsmarkt Vereine und Gewerbetreibende Geschenk-, Weihnachtsartikel und Spielzeug an, Kinder können basteln, und natürlich ist für das leibliche Wohl von Alt und Jung gesorgt.

Mehr über Werneuchen:

<http://www.werneuchen-barnim.de> (Website der Stadt); <https://de.wikipedia.org/wiki/Werneuchen>; <http://werneuchen-info.de> (private Website)

Stadtverordnete beraten zum Haushalt 2018

Am **14. Dezember** ab 19 Uhr tagt die Stadtverordnetenversammlung Werneuchen im Adlersaal. Wichtigstes Thema ist der Haushalt für das Jahr 2018. Die LINKE stellt mit 5 Abgeordneten die stärkste Fraktion des kommunalen Entscheidungsgremiums.

Viele Funktionen unter einem Dach

Wichtigstes Vorhaben für 2018 ist der Bau eines, wie es offiziell heißt, „Multifunktionalgebäudes mit Mehrgenerationenansatz“ am Sportplatz Wegendorfer Straße in Werneuchen. Zu den Nutzern werden der Sportverein Rot-Weiß Werneuchen und der Jugendtreff gehören. Darüber hinaus soll das neue Gebäude allen anderen ortsansässigen Vereinen für Veranstaltungen offen stehen.

„Wege übers Land“

Panketaler LINKE besuchten wichtigsten Standort der Rohstahlproduktion der DDR

Von Lothar Gierke,
LINKE Panketal

Unsere diesjährige Exkursion fiel auf den denkwürdigen 7. Oktober, vielen noch als Gründungstag der DDR und Feiertag in guter Erinnerung. Ziel unserer „Wege übers Land“ war das Industriemuseum in Brandenburg an der Havel, dem seinerzeit wichtigsten Standort für die Rohstahlproduktion in der DDR.

Ein Teil der alten Produktionshalle, in dem der letzte Siemens-Martin-Ofen Westeuropas noch erhalten ist, wurde zu einem Museum umgestaltet. Wenngleich heute im Stahlofen kein Eisenschrott mehr „gekocht“ wird, so sind doch die gewaltigen Dimensionen dieser Industrieanlage, deren Zustand mit der Stilllegung 1993 quasi eingefroren wurde, sehr beeindruckend. Und

sie sind beim Rundgang im wahrsten Sinne des Wortes zum Begreifen. Wir wurden dabei von einem sachkundigen Mitarbeiter des Museums begleitet, der uns unmittelbar am Ort des ehemaligen Produktionsgeschehens mit den nötigen Hintergrundinformationen versorgt hat.

Begleitet wurden wir bei unserer Entdeckungstour von Herrn Kinne, einem Panketaler Bürger, der hier in den 1960er Jahren als Ingenieur in der Stahlproduktion tätig war. Herr Kinne, der in den letzten Jahren auch mehrere Beiträge zur Eisen- und Stahlindustrie in der DDR publiziert hat, konnte viele Details ergänzen, insbesondere die Geschichte des Brandenburger Stahlwerkes in den historischen Kontext bei der Entwicklung der DDR-Industrie einordnen.

Auch zum Ausklang unseres



Jährlich lädt die Panketaler LINKE Mitglieder und Sympathisanten zu einer Exkursion ein. In diesem Jahr war das Industriemuseum in Brandenburg/Havel das Ausflugsziel. Foto: Ig

Ausflugs, dem Mittagessen im Restaurant „Kartoffelkäfer“ in der Altstadt von Brandenburg, blieben wir gewissermaßen der Geschichte treu. Diesmal auf den Spuren des märki-

schen Kartoffelanbaus. Friedrich II., der viele Jahre vergebens seine Bauern von den Vorteilen des Kartoffelanbaus überzeugen wollte, hätte sicher seine Freude daran gehabt.

Zeitzeugen mit Verantwortung im letzten DDR-Jahr

Ein Geschichts-Abend mit Dr. Hans Modrow und Dr. Friedrich Wolff in Wandlitz

Von Katja Denzer,
LINKE Wandlitz

Ein durch die LINKEN in Wandlitz organisiertes Gespräch mit Dr. Hans Modrow (89) und Dr. Friedrich Wolff (95) am 13. November im Hotel „Barnimer Hof“, war nicht nur sehr gut besucht, sondern auch eine lehrreiche Geschichtsstunde. So komprimiert und engagiert bekamen wir einen Kurzdurchlauf unserer jüngeren Geschichte geboten. Immerhin waren beide Diskutanten Akteure in bewegter Zeit: Modrow als Ministerpräsident und Wolff als rechtlicher Verteidiger von einigen Repräsentanten der DDR-Führungsspitze.

Sowohl Hans Modrow als auch Friedrich Wolff umrissen kurz ihren Lebenslauf. Erstgenannter beschrieb seine Eindrücke in Moskau anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der russischen Oktoberrevolution. Hans Modrow sprach über den Zusammenhalt vor Ort, vom Zugehörigkeitsgefühl zum Sozialismus und dem Wiedersehen mit ehemaligen Wegbegleitern. Dabei betonte er das große Interesse seitens Russlands an der deutschen Politik und beklagte, dass dies nicht im gleichen Maße auf Gegenseitigkeit beruhe. Es war ein Fingerzeig auf die gegenwärtig angespannte Situation zwischen den betroffenen Staaten. Hier setzte er sich für einen Dialog ein, der getragen ist vom gegenseitigen Verständnis.

Im folgenden Gesprächsblock ging es um die Ereignisse im Zeitraum um den Fall der Mauer am 9. November 1989. Hans Modrow schilderte sehr detailliert und engagiert, wie er als „4. Wahl“ gefragt wurde, den Posten des Ministerpräsidenten zu übernehmen und eine neue Regierung auf die Beine zu stellen. Er wurde von der Geschwindigkeit der Ereignisse, sich ständig ändernden Kompetenzfragen, immer wieder nicht eingehaltenen innerdeutschen Absprachen überrascht. Auch die Absprachen mit Michail Gorbatschow in Moskau änderten sich ständig. Nach seiner Aussage versuchte er zu jedem Zeitpunkt, beginnend Mitte Oktober 1989 bis Ende März 1990, trotz eingeschränkter Handlungsfähigkeit, das Wohl der Bürger der DDR im Fokus zu behalten. Er versuchte nach Rücksprache mit Michail Gorbatschow einen 3-Punkte-Plan, der über einen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren angelegt sein sollte und die komplette Neutralität beider deutschen Staaten beinhaltete, umzusetzen. Weiter berichtete Modrow, dass die Führung der DDR durch die unterschiedlichen Positionen seitens Moskaus, nach weiterführenden Gesprächen mit George W. Bush (USA) und Helmut Kohl (BRD), keinen Handlungsspielraum mehr hatte. Weder in finanzieller, noch in wirtschaftlicher oder gar militärischer Hinsicht.



Der letzte Ministerpräsident der DDR, Dr. Hans Modrow (links) und Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff vor vielen Interessierten. Foto: privat

Im Februar und März 1990 wurde die unterschiedliche Wahrnehmung und Haltung der DDR-Führung gegenüber der ehemaligen sowjetischen Führung besonders deutlich. Mit dem Beitritt der DDR zum Staatsgebiet der BRD im Oktober 1990 war die Idee des Sozialismus, bis auf Weiteres, „vom Tisch“.

Letztes Thema des Abends war die vorangegangene Bundestagswahl. Friedrich Wolff bezog klar Stellung zur Frage des Selbstverständnisses der LINKEN. Ihm wäre die LINKE zu unbestimmt, gar schwammig. Es fehle an eindeutigen Aussagen zum Sozialismus. Es

würde zu viel über den Kapitalismus geredet. Es gäbe zu wenig „Kontra-bezüge“, und unsichere Wähler seien daher zu anderen Parteien abgewandert. Eine klare Haltung seitens der Parteispitze würde fehlen, auch persönliche Dinge in die Öffentlichkeit zu tragen, sei nicht hilfreich. All diesen Ursachen könne man nur mit Bildung und verständlichen Aussagen begegnen.

Das Interesse der Gäste war groß, was man auch an den vielen gestellten Fragen erkennen konnte. Die Basisorganisation Wandlitz sieht diese Veranstaltung als kleinen Beitrag zur politischen Bildung.

Alles zurück auf Anfang?

Die Rot-Rote Landesregierung hat die Kreisneugliederung abgesagt/ LINKE: Es gehört Mut dazu, Entscheidungen zu korrigieren/ Politik nach Stimmungslage ist verantwortungslos

Von Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Brandenburger Landtag

Landtag Mitte Oktober: Bei einer Anhörung der Verwaltungen der Kreise und kreisfreien Städte zur Kreisgebietsreform wurde heftige Kritik zum Planungsstand geäußert. Und Kritik begleitete die ganze Reform. SPD und LINKE haben versucht, Mehrheiten für ein Vorhaben zu gewinnen, von dessen Notwendigkeit sie – auch nach Absage der Kreisgebietsreform – überzeugt sind. Denn eigentlicher Sinn der Reform war es, die öffentliche Daseinsvorsorge und Handlungsfähigkeit der Verwaltung in den nächsten Jahrzehnten zu sichern. Es ging also nicht um die nächsten Jahre, sondern darum, sich auf absehbare Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte einzustellen. Auch ging es nicht darum, mit der Reform Geld einzusparen, sondern es sollte ein **Anstieg** der Verwaltungskosten in den nächsten Jahrzehnten begrenzt werden. Aber das zu vermitteln ist nicht geglückt. Vielleicht lässt sich auch manches anders umsetzen. Aber es war richtig, die Reform zu versuchen, denn wenn man in der Politik nicht um Mehrheiten ringt, macht man eigentlich Politik nach aktueller Stimmungslage, und das wäre verantwortungslos. Während der Anhörung wurde deutlich: Die Kreise und kreisfreien Städte waren nicht bereit, die Reform gemeinsam mit dem Land umzusetzen. Also war es richtig, sie abzusagen. Denn ein Regieren gegen mehrheit-

lich andere Auffassungen ergibt keinen Sinn. Es gehört Mut dazu, Entscheidungen zu korrigieren, wenn es keine Mehrheiten dafür gibt. Wir müssen nun darüber ins Gespräch kommen, welche anderen Wege es gibt, die Probleme zu lösen, die in der Fläche des Landes vorhanden sind.

Die Verwaltungsstrukturreform wäre nur eine Maßnahme von vielen gewesen, die die Zukunftsfähigkeit des Landes über 2019 hinaus sicher stellen sollte. Zu diesem Bündel von Maßnahmen zählen zum Beispiel auch die Landesentwicklungsplanung, das Mobilitätskonzept, das Finanzausgleichsgesetz, die Krankenhausplanung. Keines dieser Vorhaben hat an Bedeutung verloren. So wird sich die Rot-Rote Landesregierung zu folgenden Fragen neue Lösungsvorschläge überlegen müssen:

1. Die Überschuldung einer Reihe von Kommunen, die zu deren Handlungsunfähigkeit führen.

2. Die Entwicklungsunterschiede zwischen berlinnahen und berlinfernen Regionen, zum Beispiel zwischen Lausitz, Prignitz, Uckermark einerseits und Barnim, Oberhavel, Teltow-Fläming andererseits. Aber auch innerhalb der „besser gestellten“ Landkreise gibt es gegenläufige Tendenzen, die dem verfassungsrechtlichen Anspruch nach gleich-

wertigen Lebensbedingungen nicht gerecht werden.

3. Hohe Sozialkosten, zum Beispiel Kitakosten, Leistungen nach dem SGB II und



Wie sieht die Zukunft aus?

LINKE: Das Land Brandenburg unterstützt bereits jetzt freiwillige Kooperationen zwischen den Landkreisen, wie sie zum Beispiel gemeinsamen kommunalen Krankenhausbaugesellschaften (GLG) praktiziert wird. Vielleicht sind dies zukunftsweisende Möglichkeiten?

XII und Krankenhauskosten machen es vielen Kreisen schwer, in eine Entwicklung zu investieren, mit der diese Kosten langfristig getragen werden können – oder die sie gar reduziert, z.B. bei Sozialleistungen wegen besserer Möglichkeiten von Erwerbsarbeit.

4. Bürgerbeteiligung muss in den Städten und Gemeinden weiter

ausgebaut werden. Eine Änderung der Kommunalverfassung ist nötig.

5. Über Kooperationen auf kommunaler Ebene muss diskutiert werden.

Deshalb wird sich die LINKE in den nächsten Monaten unter anderem für Folgendes einsetzen:

Im Finanzausgleichsgesetz soll der Soziallastenausgleich zwischen den Kommunen und dem Land neu gestaltet werden; es soll mehr Geld zur Verfügung stehen, um Sozialkosten auszugleichen.

Die Funktion der Grundzentren (Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit überregionalen Aufgaben; wie Schulen, Nahversorgung) soll finanziell abgesichert werden. Zugleich sollen den Kommunen im berlinnahen Raum mehr Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden, dazu gehört, mehr Siedlungs- und Gewerbefläche ausweisen zu können.

Landesweit gibt es etwa 25 Kommunen, die sich **freiwillig zusammenschließen** wollen. Diese müssen unterstützt werden.

Die **Unterstützung der ehrenamtlichen Kreistagsarbeit** wird trotzdem verbessert – sie war nie an die Kreisgebietsreform geknüpft. In der Fläche des Landes ist ehrenamtliche Arbeit dringend zu fördern.

Es muss jetzt an vielen Stellen nach neuen Wegen gesucht werden – auch ohne Kreisneugliederung. Das sind derzeit nur die dringendsten zu regelnden Aufgaben.

Land bezahlt Beschäftigte erheblich besser

LINKE: Ausdruck der Wertschätzung für Polizistinnen und Polizisten, Justizbeamte und -beamtinnen und Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen

OW-Beitrag/bc

Die Rot-Rote Landesregierung hat am 21. November mit den Gewerkschaften eine Tarifeinigung für verschiedene Sparten des öffentlichen Dienstes erreicht.

Mit der IG BAU vereinbarte die Landesregierung eine Altersteilzeit-Regelung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesforstbetriebes. Damit werden die älteren Arbeitnehmer entlastet und es können wieder junge Waldarbeiter und Forstleute eingestellt werden. Die Entwicklung eines zukunftsfähigen Forstbetriebs ist gesichert. Die agrarpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Anke Schwarzenberg,

zeigte sich erfreut: „Die Koalition hat damit eine wichtige Zusage umgesetzt.“ Da die Funktionalreform zurückgezogen wurde, werde es nicht zur ursprünglich geplanten Kommunalisierung der Forstverwaltung kommen. Jetzt müsse geklärt werden, mit wieviel Personal künftig welche Aufgaben erledigt werden sollen. „Unser Ziel ist eine langfristige Perspektive für einen stabilen Forstbetrieb“, so Schwarzenberg.

Mehr Geld erhalten künftig zahlreiche Polizistinnen und Polizisten, Justizbeamtinnen und -beamte. Wer ab 2019 in den mittleren Polizeidienst einsteigt, wird mit A8 statt mit A7 besoldet. 320 Beamtinnen und Beamte, die derzeit noch die

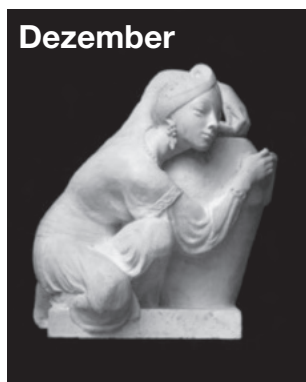
Besoldungsgruppe A7 erhalten, werden dann hochgestuft. Eine entsprechende Regelung gilt auch für den Justizvollzugsdienst. „Derzeit liegt der niedrigste Besoldungseinstieg bei 2.216 Euro brutto – das wird den Aufgaben, die die Polizisten und Justizvollzugsbeamten ausüben müssen, nicht gerecht“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag, Ralf Christoffers. Außerdem wurden Vereinbarungen über Gesundheitsvorsorge und Zulagen für bestimmte Tätigkeitsfelder getroffen. „Damit setzt die Koalition um, was sie versprochen hat.“, so Christoffers. „Polizisten und Justizbeamte leisten einen nicht zu unterschätzenden Dienst

an der Gesellschaft. Die Einigung ist auch ein Zeichen, dass die Rot-Rote Koalition dies anerkennt“.

Mehrere tausend Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen werden ab 2019 von der Besoldungsgruppe A12 auf A13 angehoben; in der DDR ausgebildete Lehrkräfte, die derzeit noch in A11 eingruppiert sind, erhalten zunächst Vergütung nach A12 und ab dem Schuljahr 2020/21 ebenfalls nach A13. Angestellte Lehrkräfte werden entsprechend hochgestuft. Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kathrin Dannenberg, begrüßte die Einigung: „Endlich wird es an den Schulen gleiches Geld für gleiche Arbeit geben.“

Frauen-
geschichte(n)

Paula Busch



Von Gisela Zimmermann

Paula Busch wurde am 6. Dezember 1886 in Odense als Tochter der Gründer des „Circus Busch“, Constanze und Paul Busch, geboren. Der Vater wollte nicht, dass Paula Artistin wird. Obwohl sie Reit- und Ballettunterricht erhielt, hatte sie keinen direkten Kontakt zum Zirkus.

Paula machte in Köln ihr Abitur und studierte in Köln, Heidelberg und Berlin Literatur- und Kunstgeschichte sowie Philosophie. In dieser Zeit schrieb sie bereits erste Romane und Stücke für die Manege. Nach der Heirat mit Alois Uhl im Jahr 1911 brach sie ihr Studium ab. Im Mai 1913 wurde ihre Tochter Constanze geboren.

Kurz nach der Geburt ihrer Tochter begann Paula im Zirkus ihres Vaters zu arbeiten. Von 1917 an war sie Mitinhaberin und Mitdirektorin des Zirkusimperiums „Circus Busch“. 1927 starb ihr Vater und sie wurde alleinige Inhaberin. Sie verfasste und inszenierte mehrere Pantomimen und Stücke für die Manege, die in den 1920er und 30er Jahren sehr erfolgreich waren und in denen sie selbst als Schauspielerin und Dompteuse auftrat. Sie veröffentlichte Romane, Erzählungen und Kinderbücher, die vom Leben beim Zirkus erzählen, insbesondere vom Leben der Frauen beim Zirkus. In ihren Publikationen setzte sie sich für die Anerkennung des Zirkus ein, scheute aber auch nicht vor einer Kritik an den Ausbeutungsstrukturen des Zirkus zurück. Andererseits kämpfte sie zeitlebens um die gesellschaftliche Anerkennung der Zirkusleute und der Zirkuskunst. In Aufsätzen wie „Die Frau im Circus“ oder „Die Frau als Zirkusartistin“ setzte sie sich kritisch und kenntnisreich mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen beim Zirkus auseinander.

1924 trennte sich Paula von Alois Uhl. Danach lebte sie mit ihrer Freundin Eleonore Cadore bis zu ihrem Tod zusammen. Sie starb am 26. Juni 1973 in Berlin, wo sich auch ihr Grab befindet.

»Die Mutter von Janze ist das Theater!«

26. Januar 2018: Schauspieler
Walter Plathe im Bernauer Ofenhaus

Von Sylvia Pyrlík

»Die Mutter von Janze ist das Theater!« Schon sein Großvater betrieb ein privates Volkstheater, doch die Familie warnte den Jungen vor der brotlosen Kunst. So lernte er erst Verkäufer in einer Zoohandlung, verschrieb sich aber schließlich mit Haut und Haar der Schauspielerei, denn: »Ich musste mich entscheiden zwischen meiner Tierliebe und der Lust auf Verstellung und Spiel«.

Mit viel Humor erzählt Plathe seine Lebensgeschichte, erschienen als Buch beim Verlag »neues Leben«.

Beginn: 19.30 Uhr; Einlass: 19 Uhr

Eintritt: 15 Euro

Ort: Ofenhaus Bernau, Weinbergstr. 3, Bernau

Kartenvorverkauf: Buchhandlung Schatzinsel, Alte Goethestr. 2, 16321 Bernau, Tel.: 03338/761991, email: info@schatzinsel-bernaude

Cover-Foto des Buches von Autor Walter Plathe; Foto: sp



Gewinner der Oktober-November-Ausgabe: 1 Jahres-Abo des „Eulenspiegel“ geht an: J. Lockow, Das Lösungswort der Oktober-Ausgabe lautete: Kipping; **Lösungswort dieser Ausgabe:** die grau unterlegten Felder benennen – in der richtigen Reihenfolge gelesen – einen Wunsch für 2018; **bis zum 25. Januar 2018** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahresabo des Eulenspiegel. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. gesellschaftl. Zustand, 6. Verlagsangestellter, 11. bulgar. Gebirge, 12. mastloses Boot, 13. selbstbezogener Mensch, 15. Eid, 16. Fluss in Bosnien-Herzegowina, 18. unnachgiebig, 19. Gefrorenes, 21. Gemeinde in Venetien, 24. engl.: Baum, 25. Zündschnur, 27. dt. Schauspieler (1891-1960), 29. Lotterienteilschein, 30. Stadt a. d. Unstrut, 33. weibl. Pferd, 35. frühchristl. Schriftsteller, 38. dt. Eisschnellläuferin (geb. 1961), 40. türk. männl. Vorname, 42. schott. Bekleidungsstück, 44. Planet unseres Sonnensystems, 45. Küchenuntensil, 46. Nebenfluss d. Loire, 47. internat. Größensystem, 48. Druck, Anspannung, 51. ein Polyamid, 54. Fluss i. d. Toskana, 56. Gezeit, 58. japan. Mangazeichner (geb. 1974), 60. europ. Hauptstadt, 62. Wintersportgerät, 64. griech. Nacht- und Unterweltsgöttin, 65. german. Heerführer, 66. Freizeitbeschäftigung, 67. Biene, 68. Maßstab (Mz.), 69. Musik: mäßig, langsam

Senkrecht: 2. europ. Hauptstadt, 3. Titelfigur b. Jane Austen, 4. Eigenschaft, 5. absolute Verneinung, 6. dt. Musiker, Komponist, Musikproduzent (1929-2015), 7. Zeichen f. übertragenen Schmerz, 8. Verkehrsmittel in Eberswalde, 9. selten, 10.

Unternehmensbeteiligung, 13.

Lasttier, 14. Sohn d. Judas,

16. Nebenfluss d. Yonne, 18.

span.: Salz, 19. Hausvorbau,

20. Fluss i. Nordfrankreich,

21. chem. Element, Halbmetall, 22. Schema, Gitter, 23.

ruhende Körperstellung im

Yoga, 26. Gerichtsbeschluss,

28. Lippenblüter, Zieste, 31.

Truppenspitze, 32. Brücke in

Venedig, 34. Pharaonename

d. altägypt. Dynastien, 36.

Stadt in Umbrien, Geburtsort

eines Ordensgründers, 39.

Bildungsangebot (Mz.), 41.

Tafelbild, 42. Wassersportgerä-

ät, 43. baumarme Steppe i.

Südamerika, 49. Fußbrücken,

50. russ.: hundert, 52. Loch

in techn. Systemen, 53. Farbe

beim Roulette, 55. Stern im

Sternbild Orion, 57. Buch der

dt. Rechtschreibung, 59. Kurzf.

v. Helene, 60. Vegetationsin-

sel i. d. Wüste, 61. Ölpflanze,

62. Volk im Tschad, 63. engl.:

Hitze, 64. engl.: sie, ihr, 65.

Großmutter

